

**TÜRKEI BULLETIN 08/17**

Berichtszeitraum: 17. April – 1. Mai 2017

*Inhalt: Europarat stellt Türkei unter Beobachtung, EU uneins – Wie umgehen mit der Türkei?, Großrazzia gegen Gülenisten – Tausende Festnahmen, Viel Gesprächsbedarf – Erdoğan reist in die USA, Auch die Türkei altert – moderat*

**Überblick**

Die oberste türkische Wahlbehörde (türk.: Yüksek Seçim Kurulu, kurz: YSK) hat elf Tage nach der Abstimmung das amtliche Ergebnis des Verfassungsreferendums bekanntgegeben. Demzufolge stimmten beim Referendum am 16. April knapp 25.150.000 Wähler (51,4 Prozent) mit Ja, knapp 23.800.000 Wähler (48,6 Prozent) mit Nein. Mit einer höchst umstrittenen Entscheidung hatte YSK am Abstimmungstag nach Beginn des Referendums entschieden, auch ungestempelte Stimmzettel für gültig zu erklären. Wie viele solcher ungestempelter Wahlzettel abgegeben worden sind, bleibt unklar und wird aller Voraussicht niemals geklärt werden. Die größte Oppositionspartei CHP spricht von bis zu 2,5 Mio. derartiger, laut Wahlgesetz eigentlich ungültiger Stimmzettel.

Die türkische Regierungspartei AKP will Staatschef Erecep Tayyip Erdoğan in Kürze wieder zu ihrem Vorsitzenden berufen. Erdoğan werde auf einem Sonderparteitag am 21. Mai für den Führungsposten nominiert, berichten türkische Medien übereinstimmend. Gemäß der gebilligten Verfassungsänderung darf der Präsident einer Partei angehören. Unter den bisherigen Bestimmungen war der Staatschef zu politischer Neutralität verpflichtet. Erdoğan hatte daher nach seiner Wahl zum Staatsoberhaupt im August 2014 seine Mitgliedschaft in der von ihm mitgegründeten AKP aufgeben müssen. Während die meisten Bestimmungen der Verfassungsreform erst nach der nächsten Wahl im November 2019 in Kraft treten, erlangt der Artikel zur Parteizugehörigkeit des Präsidenten sofortige Gültigkeit.

Wenige Tage nach der umstrittenen Verfassungsreform rief der Vorsitzende der größten Oppositionspartei CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, eine Fraktionssitzung ein, um die nächsten Schritte festzulegen. Die Sprecherin der säkular-kemalistischen Partei, Selin Sayek-Böke, hatte zuvor mit dem Auszug der Partei aus dem Parlament gedroht – dem Totalboykott. „Sine-i millet“ heißt der Begriff dafür in der türkischen Geschichte, übersetzt etwa „zurück in den Schoß der Nation“. Bei der fast siebenstündigen Aussprache der CHP-Fraktion hinter verschlossenen Türen wurde der Parlamentsauszug diskutiert, fand aber keine Unterstützung beim Vorsitzenden Kılıçdaroğlu. Die Parteispitze entschied, das Ergebnis des Referendums vor den höchsten Gerichten des Landes anzufechten.

Mit einer Beschwerde gegen die Wahlkommission (YSK) ist die CHP vor dem obersten Verwaltungsgericht – wie erwartet – bereits gescheitert. Der Staatsrat lehnte den Antrag ab und erklärte sich für nicht zuständig; diese Entscheidung fiel mit vier gegen eine Stimme, so die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu. Eine schriftliche Begründung wollte das oberste Verwaltungsgericht nachreichen. Zuvor hatten schon Justizminister Bekir Bozdağ und Staatspräsident Erdoğan erklärt, dass die CHP mit ihrem Vorgehen scheitern werde, da das Ergebnis nicht anfechtbar sei. Die Oppositionspartei hatte Beschwerde gegen die Entscheidung des YSK eingelegt, beim Referendum auch ungestempelte Stimmzettel und Umschläge als gültig zu werten. Wahlbeobachter der OSZE hatten diese Entscheidung als „einen Verstoß gegen türkisches Recht“ bezeichnet. Nun will die CHP vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ziehen und Beschwerde einlegen.

Per Dekret hat die Türkei mehr als 4.000 Mitarbeiter aus dem Staatsdienst entlassen. Darunter sind fast 500 Akademiker und mehr als 1.000 Mitarbeiter des türkischen Militärs, wie aus dem offiziellen Amtsblatt der Türkei hervorgeht. Sie sind verdächtig, Verbindungen zu „terroristischen Organisatio-

nen und Strukturen“ zu haben, die „eine Bedrohung der nationalen Sicherheit“ darstellen. 236 Personen durften ihre Arbeit demnach mittlerweile wieder aufnehmen. Mit dem neuesten Dekret wurden auch die beliebten TV-„Kuppelshows“ verboten. Vizeregierungschef Numan Kurtulmuş hatte das Verbot schon im März in Aussicht gestellt und derartige Sendungen als „nicht zu den türkischen Sitten und Traditionen passend“ deklariert. [s. hierzu auch TR-Bulletin 06/17].

In der Türkei ist der Zugang zum Online-Lexikon Wikipedia am 29. April blockiert worden. Nutzer können sämtliche Sprachversionen von Wikipedia nur noch mit Hilfe technischer Mittel wie VPN-Verbindungen erreichen. Nach Angaben der Gruppe „Turkey Blocks“, die die Internetzensur in der Türkei überwacht, wurde der Zugang aufgrund einer behördlichen Anordnung gesperrt. Zu Redaktionsschluss lag keine offizielle Begründung vor, doch ist bekannt, dass schon seit längerem Kontakte zwischen dem Online-Lexikon und türkischen Behörden bestanden. Es wird spekuliert, dass die Türkei Wikipedia aufgefordert habe, einige Artikel zu streichen, die das Land der Kooperation mit Terrormilizen bezichtigen. Wikipedia-Gründer Jimmy Wales schrieb auf Twitter: „Zugang zu Informationen ist ein grundlegendes Menschenrecht. Türkisches Volk, ich werde immer zu Euch stehen, um für dieses Recht zu kämpfen.“ Nach Angaben der Tageszeitung „Habertürk“ habe ein Ankarer Gericht die Schließung veranlasst, weil Wikipedia sich geweigert habe, zwei englischsprachige Seiten aus dem Netz zu nehmen, in denen der Türkei vorgeworfen wird, Unterstützung für dschihadistische Kräfte in Syrien geleistet zu haben.

Der am 9. April in der Türkei festgenommene italienische Journalist Gabriele del Grande ist freigelassen worden. „Er ist auf dem Weg nach Italien, seine Angehörigen sind bereits informiert worden“, teilte der italienische Außenminister Angelino Alfano mit. Alfano dankte seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu für die Zusammenarbeit zur Freilassung Del Grandes. Der Italiener war zuvor mehrere Tage im Hungerstreik, um seine Freilassung zu erreichen. Medienberichten zufolge hatte der 34-Jährige syrische Flüchtlinge an der türkisch-syrischen Grenze interviewt, als türkische Polizisten ihn festnahmen.

### **Europarat stellt Türkei unter Beobachtung**

Nach einer mehrstündigen kontroversen Debatte in Straßburg einigten sich die Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats darauf, die Türkei einem sogenannten Monitoring-Verfahren zu unterziehen. Dieses sieht vor, dass zwei Beobachter der Parlamentarischen Versammlung regelmäßig in das Land reisen und sich dort über die politische Lage informieren. Dort sollen sie mit Regierungsvertretern, Parlamentariern, Oppositionellen und NGOs sprechen. Grund für die Maßnahme ist die Menschenrechtsslage in der Türkei, die sich seit dem Sommer des vergangenen Jahres deutlich verschlechtert habe. So seien die Medienfreiheit stark eingeschränkt und der Rechtsstaat geschwächt worden. Die Regierung und Staatschef Erdoğan nutzten u. a. den nach dem Putschversuch im Juli 2016 verhängten Ausnahmezustand, um Oppositionelle mundtot zu machen. Der Antrag war in Straßburg mit 133 Stimmen angenommen worden; 45 Delegierte sprachen sich dagegen aus – im Wesentlichen die Vertreter der türkischen Regierungspartei AKP und die Aserbaidschans, des engen Partners der Türkei. Eine Reihe von Delegierten machte allerdings geltend, dass die Wiederöffnung eines Monitoring-Verfahrens den Beziehungen zur Türkei nur schade, den Menschen im Lande jedoch konkret nichts bringe. In ihrer Resolution fordert die Parlamentarische Versammlung die schnellstmögliche Aufhebung des Ausnahmezustands und konstatiert eine „ernsthafte Verschlechterung der Funktionsweise demokratischer Institutionen in der Türkei“. Das Votum gilt als Vorzeichen des naherrückenden Bruchs zwischen der Türkei und Europa. „Die Türkei ist nicht mehr das Land, das wir kennen“, stellte eine norwegische Abgeordnete während der Debatte fest. Ursprünglich hatte die Abstimmung bereits im Januar 2017 stattfinden sollen – vor dem umstrittenen Referendum über die Verfassungsreform. Die Türkei hatte sich jedoch erfolgreich für eine Verschiebung eingesetzt.

Unter voller Beobachtung des Europarates stand der EU-Beitrittskandidat Türkei bereits zwischen 1996 und 2004. Nach Abschaffung der Todesstrafe 2004 hatte der Europarat die Überwachung für beendet erklärt und damit auch den Weg für die Beitrittsverhandlungen des Landes mit der EU geeb-

net. 13 Jahre später heißt es nun: Zurück zum Anfang. Selbst in der regierungstreuen Presse der Türkei ist von einer Rückstufung in die Zweitklassigkeit die Rede. Bei der Debatte in Straßburg sprachen sich türkische Abgeordnete vehement gegen eine Wiederaufnahme der verschärften Aufsicht aus. Das türkische Außenministerium verurteilte den Beschluss als „politisch motiviert“: Die Entscheidung sei auf „böartige Kreise“ in der Parlamentarischen Versammlung zurückzuführen und eine „Schande für das Organ, das behauptet, die Wiege der Demokratie zu sein“. Die Türkei sei ein „entscheidender Verteidiger europäischer Ideale und Werte“. Der Beschluss lasse dem Land keine andere Wahl, als seine Beziehungen zur Parlamentarischen Versammlung zu überdenken. Die der Versammlung angehörenden Parlamentarier der türkischen Parlamentsfraktionen von AKP und MHP haben bereits beschlossen, den Sitzungen bis auf Weiteres fernzubleiben.

Zuvor hatte der Präsidialamtssprecher Ibrahim Kalin die bevorstehende Abstimmung als „politische Operation“ bezeichnet, ausgeführt von „manchen unserem Land übel gesinnten Kreisen“. Auch Erdoğan kritisierte die Resolution des Europarates und bezeichnete sie als „politisch motiviert“. Die Türkei erkenne die Entscheidung nicht an. Außerdem wiederholte er, dass ein Referendum über den EU-Beitritt seines Landes abgehalten werden könnte. In Großbritannien habe es ebenfalls eine Abstimmung über die EU-Mitgliedschaft gegeben, erklärte er mit Blick auf das Brexit-Referendum: „Sie haben nun Sicherheit, sie beschreiten den Weg in eine neue Zukunft.... Das könnte auch die Türkei tun.“ Die EU sei ohnehin am Rande der Auflösung, dozierte Erdoğan mit Blick auf Frankreich, wo die EU-Gegnerin Marine Le Pen vom rechtsextremen Front National den Einzug in die Präsidenten-Stichwahl geschafft hatte. Die EU habe nicht begriffen, dass sie die Türkei brauche, um ihr Fortbestehen zu sichern. „Sie finden es sehr schwierig, ein muslimisches Land, wie die Türkei, aufzunehmen.“

Nur einen Tag nach dem Beschluss des Europarats, die Türkei unter verschärfte Beobachtung zu stellen, untersagten türkische Behörden die Einreise des CSU-Bundestagsabgeordneten Bernd Fabritius. „Ich bedauere diesen Schritt sehr und appelliere an die türkischen Behörden, die Absage zurückzunehmen“, erklärte Fabritius. Die Türkei habe all seine offiziellen Termine abgesagt und damit die für Anfang Mai geplante Mission „faktisch untersagt“. Der christlich-soziale Politiker aus München, der zugleich Präsident des Bundes der Vertriebenen ist, sollte im Auftrag des Europarats in die Türkei reisen. Die Parlamentarische Versammlung des Rates hatte ihn im November beauftragt, die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei zu untersuchen. Nach Angaben Fabritius' war sein geplanter Türkei-Besuch „bereits fest organisiert“. Es seien u. a. Gespräche mit dem Justizminister, dem Präsidenten des Verfassungsgerichts und mehreren Ausschussvorsitzenden des türkischen Parlaments geplant gewesen.

Die Türkei ist Gründungsmitglied des 1949 gegründeten Europarats, dem 47 Staaten angehören.

### **EU uneins – Wie umgehen mit der Türkei?**

Die Europäische Union tut sich zunehmend schwer, nach dem Verfassungsreferendum zur Stärkung der Macht von Präsident Erdoğan eine einheitliche Linie in der Frage der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu halten bzw. einen modifizierten Kurs zu entwickeln. Das zeigte sich bei einem informellen Treffen der Außenminister in Malta überdeutlich. Die Außenbeauftragte der EU, Federica Mogherini, musste die Tagesordnung gründlich überarbeiten, da hier offenbar sehr großer Gesprächsbedarf bestand. Anstatt, wie geplant, über bessere EU-interne Entscheidungsabläufe zu reflektieren, widmeten sich die Minister gleich zu Beginn diesem umstrittenen Thema, nicht zuletzt, weil sich für den weiteren Tagungsverlauf der türkische Chefdiplomat Mevlüt Çavuşoğlu angekündigt hatte.

Den Auftakt für Kontroversen hatte schon bei Ankunft der Vertreter Luxemburgs, Jean Asselborn, geliefert: „Seit dem Referendum ist die alte Türkei, wie wir sie gekannt haben, die freie Türkei, die prowestliche Türkei, die rechtsstaatliche Türkei gestorben. Und de facto auch der Beitrittsprozess“, erklärte der Sozialdemokrat. Konträr dazu die Aussage seines deutschen Kollegen Sigmar Gabriel: Seine Regierung sei „strikt dagegen, dass wir die Gespräche abbrechen. Das bringt nichts.“ Aber man müsse „neue Formen des Gesprächs suchen“, so Gabriel, ohne auf Details einzugehen. Es sei

jedenfalls wichtig, den Kontakt mit dem bedeutenden NATO-Partner Türkei nicht abreißen zu lassen. Zuvor hatte sich auch Bundeskanzlerin Merkel im Bundestag ähnlich geäußert.

Die Aussagen von Asselborn und Gabriel spiegeln offenbar nur die beiden extremen Pole einer internen Debatte wider, die vor allem von einer gewissen Ratlosigkeit geprägt ist, was seitens der EU nun konkret an Schritten folgen soll. Der zuständige Erweiterungskommissar Johannes Hahn hatte bereits im Vorfeld erklärt, dass er sich die Entwicklung anderer „Optionen“ neben der Beitrittsperspektive für die Türkei wünschen würde, etwa in Form des Ausbaus der existierenden Zollunion. Ganz in diesem Sinne äußerte sich auch der österreichische Außenminister Sebastian Kurz, der sich für ein Ende der „Fiktion des EU-Beitritts der Türkei“ ausspricht. Mit dem deutschen Chefdiplomaten kam es deswegen zu einer Art Fernduell. Gabriel sagte vor Journalisten, Kurz stehe mit seinem Wunsch „weiter alleine da“. Und: „Das hat viel mit österreichischer Innenpolitik zu tun, wenig mit der Türkei... Aber man muss auch zugeben, die Lage ist superkompliziert. Niemand glaubt, dass es einfach so weitergehen kann.“ Es zeichnet sich ab, dass die EU-Kommission zunächst einen Bericht erstellen wird, inwieweit die türkische Regierung noch – wie für einen Beitrittskandidaten erforderlich – die „Kopenhagener Kriterien“ in Sachen Demokratie erfüllt – was der Europarat ja bereits durch seine Entscheidung, die Türkei intensiv zu beobachten, infrage gestellt hat. Mogherini erklärte, der Beitrittsprozess gehe weiter, er werde „nicht suspendiert oder beendet“. Viel hänge nun von der Umsetzung des Verfassungsreferendums ab.

Uneinigkeit besteht auch in der Frage, was mit den EU-Zahlungen an die Türkei passieren soll: Von 2014 bis 2020 sind im EU-Budget knapp 4,5 Mrd. EUR an Beitrittsbeihilfen eingeplant. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki schrieb in der 'Huffington Post': „Ende der Beitrittsverhandlungen mit Ankara. Ende der Heranführungshilfen in Milliardenhöhe.“ Dabei waren die finanziellen Hilfen für die Türkei zuletzt bereits rasant gesunken. Hatte die EU die zugesagten Hilfen bis 2013 – immerhin knapp fünf Mrd. EUR – noch in voller Höhe in die Beitrittsverhandlungen des Landes gesteckt, so hat sich der Geldstrom seit 2014 in ein Rinnsal verwandelt: Gerade einmal 167 Mio. EUR sind in den vergangenen drei Jahren in das Land geflossen. Dies geschah nicht, weil die EU-Kommission, die die Gelder verwaltet, den Geldhahn zugezogen hätte, sondern weil die Beihilfen in konkrete Projekte fließen müssen; sie werden nicht pauschal an Ankara überwiesen. An förderungswürdigen Projekten mangelte es jedoch in den vergangenen Jahren. Um die Milliardenhilfen komplett zu stornieren, müsste Brüssel zunächst den Beitrittsprozess mit der Türkei offiziell abbrechen.

### **Großrazzia gegen Gülenisten – Tausende Festnahmen**

Bei einer der größten Razzien seit dem vereitelten Putsch vom Juli 2016 sind 9.103 Polizeibeamte suspendiert und 1.448 festgenommen worden. Dies dürfte aber nur ein Zwischenstand sein. „Wir werden erbarmungslos sein“, erklärte Innenminister Süleyman Soylu. Weitere Festnahmen sind zu erwarten: Nach Angaben des türkischen Innenministeriums wurden mehr als 3.200 Haftbefehle ausgestellt. Die Suspendierung der Beamten sei „aus Gründen der nationalen Sicherheit“ erforderlich, teilte die Polizei mit. Ziel der landesweiten Großrazzia – laut der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu waren 8.500 Polizisten an der Aktion beteiligt – war die Polizei selbst, wie Soylu erklärte. „Geheime Imame“ der sogenannten „Fethullahistischen Terrororganisation“ (FETÖ) hätten die türkische Polizei unterwandert. Dabei soll ein Mikrochip der Auslöser dieser Säuberungswelle gewesen sein. Dem Geheimdienst MIT fiel eine Datenkarte mit mehr als 7.000 Namen angeblicher Gülenisten in der türkischen Polizei in die Hände, so berichteten türkische Medien. Dabei soll es sich um sogenannte „geheime Imame“ des islamischen Predigers Gülen handeln, die nach dem vereitelten Putsch versucht hätten, eine neue Struktur innerhalb der Polizei aufzubauen. Im Zentrum der jüngsten Säuberungen steht offenbar die Generaldirektion für Sicherheit, die Verwaltungsspitze der türkischen Polizei mit ihren kopfstärksten Behörden in Ankara und Istanbul. Suspendierungen wurden auch gegen Beamte in den Schaltzentralen der Macht ausgesprochen: im Präsidentenpalast, am Sitz des Regierungschefs und im Parlament.

Zusammen mit der Justiz galt die Polizei von jeher als eine Bastion des Gülen-Netzwerkes. Zwangsversetzungen, Suspendierungen und strafrechtliche Ermittlungen gegen Beamte im großen Stil hatten bereits vor drei Jahren begonnen. Ihr Umfang hat nach dem dilettantisch ausgeführten

Putsch des Juli 2016 noch zugenommen. Gegen mehr als 7.600 Polizisten laufen bereits Gerichtsverfahren wegen Verschwörung gegen den Staat; die jüngste Großrazzia wird diese Zahl noch deutlich erhöhen.

### **Viel Gesprächsbedarf – Erdoğan reist in die USA**

Mehr als 100 Tage nach Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump reist Staatschef Erdoğan Mitte Mai nach Washington. Trump habe Erdoğan zu der Begegnung im Weißen Haus eingeladen, sagte Präsidentschaftssprecher Ibrahim Kalın. Themen würden Syrien, Irak und eine potentielle Auslieferung des islamischen Predigers Fethullah Gülen sein. Ankara wirft ihm und seinem Netzwerk vor, hinter dem Putschversuch vom Juli 2016 zu stecken.

Im Hinblick auf Syrien gibt es erheblichen Gesprächsbedarf: Während die USA die syrisch-kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ der YPG als einen wichtigen Verbündeten im Kampf gegen den ‘Islamischen Staat’ (IS) ansieht, sieht die Türkei in diesen lediglich den syrischen Ableger der Terrororganisation PKK – und bekämpft sie mit allen Mitteln. Erst kürzlich hat die türkische Luftwaffe – unter deutlichem Unwillen der USA und Russlands (!) – wieder Stellungen der YPG im Nordosten Syriens und in den Sindschar-Bergen des Nordwestirak bombardiert. Ein Sprecher der YPG teilte mit, der Angriff habe einer Basis gegolten, die „Medien- und Kommunikationszentren und einige militärische Einrichtungen“ beherberge. Dabei seien drei Kämpfer getötet, weitere verletzt worden; andere Quellen sprechen von bis zu 18 getöteten YPG-Mitgliedern. Die türkische Armee bestätigte in einer Mitteilung Luftangriffe auf die „Terrororganisation PKK und die Verlängerung dieser Organisation in Nordostsyrien und im Irak“. Ziel sei die „Zerstörung von Terrornestern“ gewesen. Bei mutmaßlichen PKK-Anschlägen in der Südosttürkei waren zuvor mindestens fünf türkische Soldaten ums Leben gekommen. Bei dem Angriff soll es auch zu Toten unter den Peschmerga-Kämpfern gekommen sein. Die Peschmerga gehören zur kurdischen Autonomieregierung im Nordirak, die gute Beziehungen zur Türkei pflegt und in Konkurrenz zur PKK steht. Die USA verurteilten das türkische Vorgehen scharf. Die Angriffe seien weder mit den Vereinigten Staaten noch mit der Anti-IS-Koalition in Syrien und im Irak abgesprochen gewesen, so ein Sprecher des State Department. Er rief Ankara dazu auf, alle militärischen Schritte mit den Partnern zu koordinieren.

### **Auch die Türkei altert – moderat**

Oft ist in den türkischen Medien von der ungünstigen Altersstruktur der deutschen Gesellschaft die Rede. Nun zeigen Daten des „Türkischen Statistik-Amtes“ (türk.: Türkiye İstatistik Kurumu/TÜİK), dass auch in der Gesellschaft der Türkei der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung zunimmt, wenn auch bisher nur moderat. Gehörten 2012 7,5 Prozent der Bevölkerung dieser Altersgruppe an, so waren es 2016 8,3 Prozent. Davon sind 43,9 Prozent männlichen, 56,1 Prozent weiblichen Geschlechts. In Deutschland gehörten laut Angaben des Statistischen Bundesamtes 2015 ca. 22 Prozent der Bevölkerung zu dieser Altersgruppe. Kamen 2012 in der Türkei auf jeweils 100 Menschen im arbeitsfähigen Alter 11,1 Personen über 65 Jahren, so waren es 2016 bereits 12,3. Den höchsten Anteil der Alterskohorte der über 65-Jährigen weist dabei die Schwarzmeerprovinz Sinop aus (18,1 Prozent), gefolgt von den nord- bzw. zentralanatolischen Provinzen Kastamonu (16,5 Prozent) und Cankırı (15,4 Prozent). Den deutlich geringsten Anteil alter Menschen – und damit besonders viele junge Menschen (!) – haben demgegenüber zumeist kurdisch besiedelte Provinzen Ostanatoliens: Şırnak (3,2 Prozent), Hakkari (3,3 Prozent) und Van (3,6 Prozent).